

Verantwortl. Redakteur: R. D. Köhler in Stettin.  
 Verleger und Drucker: R. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.  
 Vierteljährlich: durch den Briefträger ins Haus gebracht  
 kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Zeitspalt oder deren Raum im Morgenblatt  
 15 Pf., im Abendblatt und Neuenblatt 30 Pf.

## Morgen-Ausgabe.

Annahme von Inseraten Kohlenmarkt 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren  
 Städten Deutschlands: H. Mosse, Haasenstein & Vogler  
 G. L. Damm, Invalidendank. Berlin: Bernh. Arnst, Max  
 Gerstmann, Otto Thiele. Elberfeld: W. Thiemens, Grell-  
 wald G. Illies. Halle a. S. J. L. Barck & Co. Hamburg  
 Heim. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens.  
 Kopenhagen: Aug. J. Wolff & Co.

## Deutschland.

Berlin, 30. April. Zur Indemnitätsfrage  
 bringen die „Namb. Nachr.“ folgenden Artikel:

„In der gestrigen und in der heutigen  
 Sitzung des preussischen Abgeordnetenhauses ist  
 die Indemnitätsfrage des Jahres 1866 mehrfach  
 in die Debatte gezogen worden. Wir können, so  
 lange die Stenogramme der Sitzungen nicht vor-  
 liegen, in eine Erörterung der verschiedenen Aus-  
 lassungen nicht wohl eintreten; dagegen bietet  
 uns die „Kreuz-Zeitung“ Anlaß, zur Indem-  
 nitätsfrage einige Bemerkungen zu machen,  
 welche für die Beurteilung der parlamentarischen  
 Vorgänge Material liefern. Die „Kreuz-Zg.“  
 führt in wiederholten Artikeln fort, ihr Bedauern  
 darüber auszudrücken, daß 1866 nach dem Frie-  
 den die Indemnität nachgesucht und nicht der  
 Konflikt fortgesetzt resp. mit einem Staatsrecht  
 unter Aufhebung oder Modifikation der Verfas-  
 sung fortgesetzt worden sei. Wir möchten ein-  
 weilen das in dieser Richtung politisierende Blatt  
 fragen, wie es sich etwa die Veränderung der preus-  
 sischen Verfassung denkt, die den Einfluß in  
 einen sicheren monarchisch-konservativen Pfaden,  
 dauernden inneren Friedens gewährt haben  
 könnte. Wir halten die preussische Verfassung,  
 so wie sie ist, an sich noch für keine mit dem  
 monarchischen und konservativen Prinzip in  
 Widerspruch stehende; im Gegenteil, sie gewährt  
 ein Gleichgewicht zwischen monarchischer und pa-  
 ramentarischer Einwirkung, wie es die meisten  
 anderen heutigen in Europa geltenden Verfas-  
 sungen kaum bieten. Jede der drei gesetzgebenden  
 Gewalten in Preußen hat ein Veto gegen Ver-  
 änderung der rechtlichen Situation und die voll-  
 ziehende Gewalt fällt in ihrem vollen Umfange  
 dem Könige zu. Es war gewiß möglich, 1866  
 im Jubel über die Siege den Satz zur Anerken-  
 nung zu bringen, daß die Verfassung für das  
 vergrößerte Preußen nicht berechnet sei, also re-  
 vidirt werden müsse, und daß Artikel 118 der Ver-  
 fassung, welcher auf die Anpassung der preus-  
 sischen Verfassung an die deutsche Zug nimmt,  
 als rechtliches Fundament dazu benutzt werden  
 könnte. Aber wir würden der „Kreuz-Zg.“ be-  
 dauern, wenn sie uns den Zweck der Verfas-  
 sung, deren Revision sie gewünscht haben würde,  
 näher bezeichnen und mittheilen, was sie an  
 Stelle der abgeschafften Bestimmungen gesetzt  
 haben würde. Wenn man die Verfassung nicht  
 revidirt hätte, aber der Opposition den Rückzug  
 aus ihrer Satzung nicht erlassen hätte, wie  
 würde sich dann die Stellung des Königs und  
 seiner Regierung für Preußen und Deutsch-  
 land gestaltet haben? Die „Kreuz-Zg.“ erwähnt  
 in ihren Artikeln die Einwirkung dessen, was  
 zu geschehen hatte, auf die Gestaltung Deutsch-  
 lands mit seiner Silbe. Unserer Ansicht nach  
 waren der Krieg von 1866, der Friedens-  
 schluß mit Österreich und der Friedensschluß mit  
 der Mehrheit der Opposition nur einzelne Theile  
 der heutigen deutschen Welt. Wenn der  
 Konflikt in Preußen im Herbst 1866 fortgesetzt  
 worden wäre, so glauben wir, daß dies als  
 Gegner, die Preußen damals in Deutschland und  
 außerhalb der deutschen Grenzen hatte, mit großer  
 Befriedigung erfüllt hätte. Daß Frankreich seine  
 Nothwehr für Savoyen suchen würde, war damals  
 auch den uneingeweihten Politikern so wenig  
 zweifelhaft, wie daß es in dem Kampfe mit  
 Frankreich bei der Ungewißheit, welche Stellung  
 Österreich dazu nehmen würde, darauf ankam,  
 die nationale Kraft nicht nur Preußens, sondern  
 des gesamten Deutschlands möglichst zu stärken  
 und zusammenzuhalten. Schon ein fortgesetzter  
 Konflikt in Preußen war diesem Zwecke nicht  
 dienlich; die außerpreussischen Staaten aber, wo  
 die „Kreuz-Zeitung“ Partei und ihre Politik keine  
 leitende Stellung haben, würden durch die öffent-  
 liche Meinung ihrer Bevölkerung zur Partei-  
 nahme für die preussische Opposition in noch  
 stärkerem Maße als vor 1866 gedrängt worden  
 sein. Man würde in Preußen bei Fortsetzung  
 des Konfliktes mit der Presse und mit dem Ver-  
 treter des Volkes auf die Dauer haben in  
 Frieden leben können, keinesfalls aber bei den  
 liberalen Massen in und außer Preußen einen  
 begeisterten Aufschwung für die preussische „Kreuz-  
 Zeitung“-Politik zu erwarten gehabt haben. Die  
 Parteifreunde der preussischen Opposition würden  
 ihre antipreußische Feindschaft bis nach Leipzig,  
 Hamburg und selbst nach Wien vorgebracht, es  
 würde in ganz Deutschland keine unpolare  
 Regierung als die preussische gegeben haben. Es  
 wäre das eine äußerst ungeschickte Vorbereitung  
 auf den bevorstehenden französischen Krieg und  
 auf die Durchführung der nationalen Einheit in  
 Deutschland gewesen. Später in ihrem seit 1866  
 begonnenen Aufschwung zu lächeln, können wir  
 kein wirksameres Mittel denken, als die  
 Politik, welche die „Kreuz-Zg.“ seit 1866 ihrer-  
 seits nachträglich empfiehlt und vertritt. Wenn  
 man von der deutschen Entwicklung, wie es die  
 „Kreuz-Zg.“ thut, gänzlich absteht, wenn man  
 außerdem den inneren Frieden in dem vergrößerten  
 Preußen als nebenächlich und werthlos ansieht,  
 dann hätte man allerdings, gestützt auf die da-  
 maligen Siege, eine Zeit lang zu vergrößertes  
 und im Sinne der „Kreuz-Zg.“ gewaltsam be-  
 herrschtes Preußen herstellen können. Mit diesem  
 Ideal mag die „Kreuz-Zeitung“-Politik ver-  
 träglich sein, mit der Erhaltung und der Er-  
 haltung des deutschen Reiches aber ist sie  
 es nicht.“

Die Budgetkommission des Abgeordneten-  
 hauses berieht heute den Nachtragsetz, der  
 36,000 Mark Gehalt, 18,000 Mark Repä-  
 raturkosten für den Präsidenten des Staats-  
 ministeriums, 18,000 Mark zur Mietung einer  
 Dienstwohnung für denselben an dauernden Aus-  
 gaben, andererseits 60,000 Mark einmalig zur Aus-  
 stattung dieser Dienstwohnung verlangt. Der  
 Referent Freiherr von Duene (Zentrum) be-  
 trägt die Bewilligung der dauernden Ausgaben.  
 Abg. Dr. Meyer (Frei.) will dem unter der Be-  
 dingung zustimmen, daß der Vizepräsident des  
 Ministeriums als ohne Gehalt fungierend in den  
 Etat eingestellt wird. Abg. Wöhrer (Zentrum)  
 tritt dem entgegen. Auf diese Weise wurde eine  
 Schwierigkeit geschaffen, welche die sich der  
 Mücke zu dem früheren Zustande entgegenstelle.  
 In der Debatte beteiligten sich die Abg. Dr.  
 Lieber (Zentrum), Sauter (natl.), Graf Vin-  
 burg-Strom (natl.). Der letztere hält es für  
 genügend, wenn die Staatsregierung die Erklä-  
 rung abgibt, daß durch die Bewilligung der  
 Bewilligung auch des Gehaltes des Vizepräsidenten-

ten im Etat kein Präjudiz geschaffen werde für  
 die Beibehaltung dieses Gehaltes im nächsten  
 Etat. Dieser Gedanke wird von mehreren Sei-  
 ten als zutreffend anerkannt. Abg. Meyer (Frei-  
 sinnig) zieht in Folge dessen seinen Antrag zur  
 Zeit zurück. Die Titel werden bewilligt, ebenso  
 die für die Ausstattung der Wohnung ausgere-  
 chnete Summe.

Der Beschluß der konservativen Fraktion  
 des Abgeordnetenhauses gegen Herrn v. Helldorf  
 ist mit großer Mehrheit gefaßt worden. Von  
 den 125 Mitgliedern der Fraktion waren in der  
 Sitzung 97 anwesend, von denen 95 für den An-  
 trag, 1 gegen ihn stimmte, 1 enthielt sich der Ab-  
 stimmung. Es steht noch aus eine Erklärung  
 der deutschkonservativen Fraktion des Reichstages,  
 deren Votum in dieser Frage von besonderem  
 Interesse ist, nicht nur, weil Herr v. Helldorf  
 dem Reichstage angehört, sondern weil er hier  
 früher über einen größeren Anhang verfügte, als  
 Herr v. Helldorf-Reichow von der „Kreuzzeitungs“-  
 Gruppe. Eine endgültige Entscheidung der ganzen  
 Angelegenheit wird vor dem großen Parteitag  
 der noch vor Pfingsten hier stattfinden soll,  
 nicht zu erwarten sein, es wäre denn, daß Herr  
 v. Helldorf selbst eine raschere Beendigung der  
 Kritik innerhalb der Partei herbeiführt. Die  
 Beschwerden über die Abänderung des Partei-  
 programms sollen heute innerhalb der Fraktion  
 den Anfang nehmen. Die Vorschläge der für  
 die einzelnen reaktionsbehafteten Punkte befehlten  
 Berichterstatter schließen sich, wie verlautet, an  
 die auf den Provinzialtagen bereits aufgestellten  
 Forderungen unmittelbar an, dergestalt, daß  
 Zwangsmaßnahmen, staatliche Beaufsichtigung des  
 Vorleseverkehrs, Ersetzung des römischen Rechts  
 durch das deutsche, Gestaltung des evangelischen  
 Kirchenwesens nach den Grundsätzen der evangelischen  
 Bekenntnisse, sowie die Beibehaltung des Inden-  
 thums aus allen staatlichen und öffentlichen Äm-  
 tern fortan zu den Bestandtheilen des konser-  
 vativen Parteiprogramms gehören werden. Die  
 Landtagswahlen im kommenden Jahre werden ja  
 jahe können, ob ein so gestaltetes Programm  
 im Stande ist, die konservative Partei auch ohne  
 Staatsunterstützung in ihrer jetzigen anschla-  
 genden Stellung im Abgeordnetenhaus zu er-  
 halten. Fast scheint es, als ob man sich in kon-  
 servativen Kreisen selbst nicht mit allzu großen  
 Hoffnungen trüge. Denn der diplomatische Rück-  
 zug, zu dem sich die konservative Partei bei der  
 Verabschiedung des Nachtragsetzes entschlossen hat,  
 ist wohl nicht zuletzt mit bedingt worden durch  
 die Erwägung, daß auch das revidierte Program-  
 men der konservativen Partei bei den Wahlen nicht  
 ganz ergehen könne.

Die „Germania“ stellt jetzt fest, daß nicht  
 der Bau von Missionshäusern für Schulzwecke,  
 sondern der Bau von Kirchen und Kapellen, um  
 dem angeblich kirchlichen Nothstand unter den  
 katholischen Berlinern abzuhelfen, beabsichtigt sei.  
 Die heute eingetroffenen Petersburger  
 Blätter beschäftigen sich ausgiebig mit der  
 Verurteilung von Kadachol, dem neuesten Pariser  
 Attentäter und der allgemeinen Lage Frankreichs.  
 Die „Korrespondenz“ hebt hervor, daß die  
 Pariser Geschworenen durch ihr Urtheil, welches  
 Kadachol der Guillotine entzogen habe, auffallen-  
 den Mangel an Muth bekundet hätten. Offenbar  
 sei es die Furcht vor der Rache der Anarchisten  
 gewesen, welche sie beeinflusst habe. Das Ver-  
 halten der Geschworenen werde nur den Gesinn-  
 ungsgegensatz Kadachols zu Gule kommen, welche  
 dadurch zu neuen Schandthaten ermuntert würden.  
 Das Petersburger Blatt schlägt zur Abwehrung  
 der Dynamitattentate besondere Spezialgerichte  
 vor, welche bei neuen Verbrechen sicher nicht die  
 Milde der Geschworenen walten lassen würden.  
 Zum Schluß wird dem Debatten darüber Aus-  
 druck gegeben, daß der Ausgang des Prozesses  
 Kadachol voraussichtlich zu günstigen Anlaß  
 geben würde, welche den Interessen Frankreichs  
 schaden dürften. — In sehr scharfer Weise äußert  
 sich der „Grafenberger“, welcher allerdings der  
 „Republik“ Frankreich stets unhold gewesen  
 ist. Es sei die Beschränkung der liberal-republi-  
 kanischen Verwaltung, so bemerkt das Blatt,  
 welche die Dynamikfächer zu immer neuen  
 Schreckensthaten anspornt; dazu sei die Be-  
 völkerung indolent und träge, die An-  
 archisten und Sozial-Revolutionäre als reizende  
 Thiere zu behandeln. So lange die Affen und  
 und Papageien der „großen Republik“ fortfahren,  
 ihre ewiges „liberté, égalité, fraternité“ zu  
 rufen, so lange hätten alle „Ordnung, Disziplin,  
 geordnetes Spiel und Würde“ nicht eger  
 ruhen, bis sie ein vollständiges Chaos ge-  
 schaffen, die Proletarier und Räuber zu Kapita-  
 listen, die Kapitalisten aber zu Bettlern gemacht  
 hätten. Es folgt darauf eine Verurteilung der  
 inneren Lage Frankreichs, welche der „Grafenberger“  
 als sehr kritisch ansieht; zerklüftet durch das  
 Parteigetriebe, wovon nur die Anarchisten Vor-  
 theile hätten, während Deutschland an den Ge-  
 neral auf einen günstigen Moment für einen Ueber-  
 fall launet. (I) Der Artikel schließt mit den  
 Worten: „Dieses Alles geschieht unter dem Vor-  
 fall der blinden Menge, welche im Siege der  
 Bomben einen Sieg des Fortschritts erblickt.  
 Was wird in der That dadurch bewirkt? Die  
 Selbstvernichtung.“

Durch den § 139a der Gewerbeordnungs-  
 novelle vom 1. Juni 1891 ist der Bundesrath  
 ermächtigt, die Anwendung von Arbeiterinnen  
 und jugendlichen Arbeitern für gewisse Fabrika-  
 tionszweige gänzlich zu untersagen oder von be-  
 sonderen Bedingungen abhängig zu machen. Noch  
 in seiner letzten Sitzung hat der Bundesrath sich  
 mit darauf bezüglichen Bestimmungen beschäftigt,  
 und es darf angenommen werden, daß damit die  
 Reihe dieser Bundesratsvorschriften einen vor-  
 läufigen Abschluß erhalten hat. Schon vor dem  
 Inkrafttreten der Gewerbeordnungsnovelle hat es  
 solche Vorschriften gegeben. Nach dem 1. April  
 kommt jedoch eine größere Anzahl derselben zur  
 Anwendung. Es sind namentlich vorhanden Be-  
 stimmungen über die Beschäftigung von Arbeiter-  
 rinnen und jugendlichen Arbeitern zusammen für  
 Drahtziehereien mit Wasserbetrieb, Glasfabriken,  
 Zichorienfabriken, Rohzuckerfabriken und Zucker-  
 raffinieren, sowie für Walz- und Hammerwerke,  
 von Arbeiterinnen allein für die Montanindustrie  
 Überschleifens, von jugendlichen Arbeitern allein  
 für Steinlohnbergwerke und für Spinnereien.  
 Nach dem angezogenen Gesetzesparagraphen hat  
 der Bundesrath alle solche Bestimmungen dem  
 Reichstage bei seinem nächsten Zusammentritt  
 zur Kenntnissnahme vorzulegen. Was auf die  
 Vorschriften für Walz- und Hammerwerke sowie  
 für Spinnereien ist dies schon in der vor. Ostrern

zum Abschluß gekommenen Session der Fall ge-  
 wesen. Die beiden letzteren Bestimmungen wer-  
 den dem Reichstage in seiner nächsten Session  
 vorgelegt werden müssen.

Die „Post“ schreibt: In Abgeordneten-  
 kreisen wird gestern mit der in den letzten  
 Tagen breit getretenen Angelegenheit einer neuen  
 Lotterie zur Verschönerung der Umgebung des  
 Schlosses der Name eines der höchsten Stellen  
 Dramen in Verbindung gebracht. Wir sind zu  
 der Erklärung ermächtigt, daß diese Verbindung  
 all und jeder Grundlage entbehrt, daß weder  
 derartige Sachen zu des betreffenden Beamten  
 Vorpost gehören, noch daß der letztere irgend  
 welche Neigung verspürt, sich um solcherlei An-  
 gelegenheiten zu kümmern.

Die „Schlesische Zeitung“ spricht sich zur  
 Lage folgendermaßen aus:

„Wenn wir die parlamentarische Stellung  
 des Grafen Caprivi für geschwächt erklären, so  
 wollen wir freilich damit keineswegs sagen, daß  
 wir die Stellung einzelner politischer Parteien  
 für besonders stark halten. Das Bedenkliche an  
 der gegenwärtigen innerpolitischen Lage besteht  
 unseres Erachtens vielmehr darin, daß keine ein-  
 zige Partei zur Zeit Aussicht hat, ihren Prin-  
 zipien in einigermaßen beachtenswerthem Um-  
 fange durch die Gesetzgebung Geltung zu ver-  
 schaffen, und daß auch ein einheitlicher und ziel-  
 bewußter Wille innerhalb der Regierung nicht  
 vorhanden ist, welcher mit zutunföhrer Energie  
 eine parlamentarische Mehrheit mit sich fortzu-  
 reissen befähigt wäre. Ihre Macht können die  
 politischen Parteien gegenwärtig nur in der Ne-  
 gative erweisen. Weder im Reichstage noch im  
 Landtage giebt es eine Partei, welche ihre spe-  
 zifischen Wünsche selbst mit Unterstützung der  
 Regierung durchsetzen könnte. Prinzipiell gehören  
 gegenwärtig alle Parteien im Grunde der Oppo-  
 sition an, weil keiner ihrer speziellen Wünsche  
 Aussicht auf Verwirklichung hat und weil die  
 Prinzipien, nach denen künftig regiert werden soll,  
 einwärtig in Dunkel gehüllt sind. Darauf, daß  
 dieses Dunkel bald lichtvoller Klarheit weichen  
 möge, muß die Hoffnung jedes deutschen Pa-  
 trioten gerichtet sein.“

Die Wirkung der abgeklärten Kriegs-  
 schuldfrage, sowie der bekannten Kabinettsre-  
 sultate über die Annahme von Offizierspensions-  
 gesetzen und Quartierkosten für 1891  
 noch nicht übersehen. Die sogenannten „Monar-  
 chie“-Wörter in nicht in der Danksage geführt,  
 so daß man nie berechnen kann, wie sich das  
 Verhältnis der alten Offiziere innerhalb eines  
 Jahres verhalten wird. Die Fortschrittler seit  
 den vorhin genannten Maßnahmen werden nun  
 aber in der letzten für 1892 ausgegebenen Rang-  
 und Quartierliste in sehr erfreulicher Weise la-  
 den. Danach hat sich der Stand der Offiziere bei  
 allen Waffengattungen wesentlich gebessert, bei  
 einzelnen Regimentern ist er sogar überbritten.  
 Vor allen Dingen beobachtet man nicht mehr  
 die großen Unterschiede in der Zahl der Sekonde-  
 lieutenants unter den verschiedenen Regimentern,  
 wie das früher wohl der Fall war, eine Beför-  
 derung, welche von sehr günstigem Einfluß auf den  
 Dienstbetrieb sein muß. Dies springt auf den  
 bei den Regimentern an der Ost- und West-  
 grenze in die Augen, deren höherer Etat freilich  
 eine höhere Ziffer an Sekonde-Lieutenants  
 wünschenswerth macht. Ueberhaupt verfolgt das  
 Militärkabinet angestrengt die löbliche Arbeit,  
 besonders die „schlechten“ Garnisonen mit Nach-  
 schub zu versehen, was bei den Kabinettsre-  
 sultaten bereits erwähnt wurde. Hierbei möge be-  
 merkt werden, daß die abgeklärten Kriegsschul-  
 dungen die Beförderungen begründet haben,  
 welche an die Maßnahmen, nicht mit Unrecht, von  
 vielen Seiten gerühmt wurden. Auch der Stand  
 der Offiziers-Offiziere ist ein günstiger, woraus  
 hervorgeht, daß die strengere Anforderung, welche  
 seit einigen Jahren an sie gestellt werden, an  
 die Aspiranten keine einschneidende Wirkung  
 erzeugt haben. Da die abgeklärten Kurse jetzt  
 erst fähig zu wirken beginnen, so wird der  
 Zuwachs an Offizieren 1893 sich aller Berechnung  
 nach noch günstiger gestalten; eine hohe  
 Ziffer von brauchbaren Offizieren ist aber die  
 erste Vorbedingung für eine Vermehrung  
 der Kadres, ohne welche eine Armereform  
 kaum durchführbar sein möchte. Vor  
 allen Dingen ist der Zuwachs an Offi-  
 zieren bei der Beibehaltung in die Augen  
 springend, und da deren Ausbildung, neuester Be-  
 stimmung zufolge, von vornherein eine vorwiegend  
 praktische ist, so wird man von der Beibehaltung  
 wegen des stärker und besser im Schießen aus-  
 gebildeten Offizierspersonals auch höhere Leistungen  
 erwarten dürfen.

Wie der „Polit. Corr.“ aus Athen ge-  
 schrieben wird, könnte König Georg für eine  
 einmalige Reise nach Kopenhagen zur Feier der  
 goldenen Hochzeit nur den Zeitraum unmittelbar  
 nach den Wahlen bis zum Jahresantritt der  
 Kammer benützen. Da die Wahlen am 15. Mai  
 in Stockholm, wäre dem Könige die Mög-  
 lichkeit geboten, der Feier beizuwohnen und gilt  
 es auch als wahrscheinlich, daß man im Hinblick  
 auf diese Eventualität den Zusammentritt der  
 Kammer, entgegen dem bestehenden Brauche, 23  
 Tage nach den Wahlen ansetzen werde. Mit die-  
 ser Annahme stimmt auch die verbräutete aufste-  
 tende Mitteilung überein, daß der eventuelle Ka-  
 binetswechsel nicht lediglich nach dem Bekannt-  
 werden des Wahlergebnisses, sondern erst bei Kon-  
 stituirung der Kammer, also in der zweiten  
 Hälfte des Juni, sich vollziehen werde.

Bei der Ausföhrungs-Kommission des  
 deutschen Antislawerei-Komitees ist die telegra-  
 phische Meldung eingetroffen, daß Nachrichten zu-  
 folge, welche an die deutsch-österreichische Küste  
 gelangt sind, Baron Fischer mit seiner Expedition  
 Labora wohlbehalten erreicht hat, daß dagegen  
 Herr Deskar Vorckert erkrankt ist und an seiner  
 Stelle Graf Schmelzitz gemäß der für diesen  
 Fall getroffenen Anordnung die vorläufige Föhrung  
 der Expedition übernommen hat.

Auf dem sozialdemokratischen Parteitage  
 zu Albed wurde die Hauptfrage der Umstür-  
 zung, die Art und Weise nämlich, wie man  
 dessen die Organisation der Landagitation in An-  
 griff zu nehmen sei, eingehend erörtert. Nach  
 dem die „Genossen“ sich darüber, wie sie am  
 besten sich den Eingang in die Dörfer erzwingen  
 könnten, den Kopf zerbrochen und das bekannte  
 Rezept „Sonntagsausflüge“ auf das Land zu

veranlassen und bei dieser Gelegenheit die „dis-  
 köpfigen“ Landleute „aufzuklären“, besprochen  
 hatten, empfahl ein Redner, vor allem die Post  
 zur Verbreitung von Flugchriften und Zeitungen  
 sozial-revolutionären Inhalts auf dem platten  
 Lande zu benutzen. Die Post, so meinte er,  
 könne man nicht lassen, wie andere Verbreiter  
 sozial-demokratischer Agitationschriften. Diese  
 Empfehlung fand bei der Versammlung großen  
 Beifall; es war, als hätte man den „Genossen“,  
 denen die Wege, die sie als Sieger auf die  
 Dörfer führen sollen, noch in ziemliches Dunkel  
 gehüllt erschienen, ein hellleuchtendes Licht auf-  
 gestreut. „Ja, die Post — so erklang es rings  
 — ist das beste Mittel.“ Und nach einem  
 schweren Erleichterungsaufseufzer, der von der großen  
 Verlegenheit über die „Dickschichtigkeit“ der Bauern  
 bereitet, die ihr Heimgewiss von den zudringlichen  
 Sozialrevolutionären hermetisch verschlossen halten,  
 Zeugnis gab, äußerte ein Redner, der es mit  
 dem Vertriebe von „aufläuternden“ Agitations-  
 schriften bisher ohne sonderlichen Erfolg versucht  
 hatte: „Versammlungen auf dem Lande seien  
 fast unmöglich; auch seien die Kosten so groß,  
 daß der etwaige Vortheil damit kaum auf-  
 gewogen werde. Die Agitatoren würden  
 aber auch nicht selten mit Knütteln und  
 Hunden aus einer Ortschaft vertrieben. Das  
 einfachste und beste sei schon, die „Jünger  
 Stephens“ zum Vertriebe von Flugchriften zu  
 benutzen.“ Wir denken, daß man es auch den  
 Sendungen gegenüber, die durch „Jünger Stephens“  
 in die Häuser geschmuggelt werden sollen, nicht  
 an Wachsamkeit fehlen lassen wird.

Nordenham, 30. April. (W. T. V.) Se.  
 Majestät der Kaiser ist heute Nachmittag 1 Uhr  
 50 Min. an Bord des „Geyowals“ beim Pier  
 angekommen.

Köln, 30. April. (W. T. V.) Die Köni-  
 gin von Schweden ist heute früh 8 1/2 Uhr in  
 dem Kaiserhof Hotel eingetroffen.

Hamburg, 30. April. (W. T. V.) Der  
 Schnellcamper „Fürst Bismarck“ der Hamburg-  
 Amerikanischen Packetfabrik-Aktiengesellschaft ist,  
 wie bereits gemeldet, gestern Abend 6 Uhr auf  
 seiner ersten diesjährigen Reise wohlbehalten in  
 New-York eingetroffen. Die Ueberfahrt von  
 Southampton ab dauerte nur 6 Tage 9 Stunden  
 20 Minuten, ein Resultat, welches in den  
 weitesten Kreisen in Deutschland und Amerika  
 das größte Interesse zu erregen geeignet ist;  
 denn die Reise des „Fürst Bismarck“ ist die  
 schnellste, welche bisher über den Ocean gemacht  
 worden ist. Die schnellste Reise eines englischen  
 Schiffes war die des Dampfers „Trenton“,  
 welcher zur Fahrt von Queenstown nach New-  
 York ungefähr 5 Tage 22 Stunden brauchte. Die  
 Reisebauer des „Fürst Bismarck“, auf dieselbe  
 Entfernung berechnet, würde sich auf nur 5 Tage  
 18 Stunden 20 Minuten stellen, das deutsche  
 Schiff hätte somit den schnellsten englischen  
 Dampfer um mehr als 3 Stunden geschlagen.

Bremen, 30. April. (W. T. V.) S. M.  
 Panzerfregatte „Geyowal“ hat mit S. M. Majestät  
 dem Kaiser, S. Königl. Hoheit dem Prinzen  
 Heinrich und dem Erbprinzen von Oldenburg  
 an Bord heute Vormittag 11 Uhr den Hohe-  
 sandelshafen passiert.

Braunschweig, 27. April. Wie sehr den  
 Welsen aus Anlaß der letzten Verhandlungen mit  
 dem Herzog von Cumberland der Kamm ge-  
 schwollen ist, mag aus einem Brief hervorgehen,  
 den der Graf v. d. Schulenburg-Wehlen, einer  
 der wenigen Anhänger der Welsenpartei in Braun-  
 schweig, an das braunschweigische Konsistorium  
 gerichtet hat. Graf Schulenburg schreibt in sei-  
 nem Brief u. a. wie folgt:

Im Laufe der letzten Wochen und Monate  
 ist aus Anlaß der Verhandlungen betreffend Rück-  
 gabe der Zinsen des braunschweig-lüneburgischen  
 Hausfideicommisses (sogenannten Welsenfonds) an  
 den Herzog von Cumberland und zu Braun-  
 schweig und Lüneburg die Frage der Rechte des  
 Herzogs auf ten braunschweigischen Bron von  
 neuem zur Sprache gekommen. Allgemein ist  
 der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß Seine  
 königliche Hoheit der thüringische Herzog und  
 Landesherzog von Braunschweig ist. Ja, preussische  
 konservative Blätter erinnern mit besonderem  
 Nachdruck daran, daß die braunschweigischen  
 Staatsdiener diesem ihrem Landesherren den Eid  
 der Treue geleistet und daß dem zeitigen an-  
 nalistischen Zustande, der Vorenthaltung des  
 braunschweigischen Thrones seitens Preußens, ein  
 baldiges Ende bereitet werden möchte. Es kommt  
 hier freilich nur darauf an, zu konstatieren, daß  
 S. königliche Hoheit thüringischer Herzog von  
 Braunschweig ist. Diese nicht mehr zu bestrei-  
 tene Wirklichkeit legt aber den Gedanken nahe,  
 daß in den Landesverhältnissen des Landesherren ge-  
 dacht und eine dementsprechende Fürbitte für das an-  
 gestammte Fürstenthum in das allgemeine Kirchen-  
 gebet eingeschaltet werde. Als im Anfange dieses  
 Jahrhunderts der französische Machtüber auch die  
 braunschweigischen Erblande unter die Gewalt  
 seiner Herrschaft brachte, da erscholl es dennoch von  
 der Kanzel: „Gott schüge und segne unsern  
 angedachten Herzog und Landesherren!“  
 Der einzige Unterschied von jetzt und damals  
 liegt doch nur darin, daß derzeit Frankreich, jetzt  
 ein deutscher Bruder- und Bundesstaat, der Aus-  
 übung der Regierung des Herzogs Hindernisse in  
 den Weg gelegt hat. Mein ehrsüchtiges Ge-  
 such geht also dahin: Zeinzigliches Konsistorium  
 wolle eine Fürbitte für unsern Herzog und  
 Landesherren in dem allgemeinen Kirchengebete  
 geneigt anordnen.

Das braunschweigische Konsistorium hat dar-  
 auf einfach geantwortet, „daß die Veränderung des  
 allgemeinen Kirchengebets, wonach an Stelle der  
 früheren Fürbitte für den Herzog die jetzige Form  
 getreten ist, auf höchster Verfügung beruhe, und  
 daß das Konsistorium nicht befugt sei, seinerseits  
 eine Abänderung vorzunehmen.“

München, 30. April. (W. T. V.) In  
 der heutigen Sitzung der Kammer des Abgeor-  
 deten wurden acht Millionen 3/4-prozentiger  
 Staatsanleihe aus den früheren Budgetüber-  
 schüssen dem Antrage des Ausschusses gemäß den  
 Drifften und Städten überwiesen. Der Finanz-  
 minister hatte sich gegen die Mobilisirung dieses  
 Kapitals zur Gründung von Darlehnskassen aus-  
 gesprochen.

## Oesterreich-Ungarn.

Wien, 30. April. In Brünn ordnete die

Behörde die Schließung sämmtlicher Brau-  
 weinshäuser von heute bis Montag früh an.  
 Wien, 30. April. Die Schauspielerin am  
 Burgtheater Berline Gabilon starb zu Meran  
 im Alter von 55 Jahren in Folge eines Krebs-  
 leidens.

## Schweiz.

Bern, 29. April. Vier italienische Anarchi-  
 sten sind aus dem Grenzbezirke Mendrisio aus-  
 gewiesen worden. Der Bundesrath macht Stun-  
 dien zu einem Bundesgesetz gegen Anarchisten  
 und Dynamitaren, bez. des Substanzes verlaute,  
 dasselbe werde die Privatfabrikation und den  
 Besitz von Dynamit untersagen.

Lausanne, 30. April. (W. T. V.) In  
 Prilly bei Lausanne fand heute Vormittag in  
 dem Hause, welches die Mutter des Präfecten  
 Pingoud bewohnt, eine Dynamitexplosion statt,  
 durch welche das Treppenhause und eine Balu-  
 strade zerstört wurden. Personen wurden nicht  
 verletzt. Die Urheber des Attentates sind noch  
 nicht ermittelt. Der Präfect Pingoud hatte be-  
 reits im Laufe der vergangenen Woche Droh-  
 briefe erhalten; man nimmt daher an, daß das  
 Attentat gegen ihn gerichtet war.

## Luxemburg.

Luxemburg, 30. April. (W. T. V.) Der  
 Großherzog hat Grafen zum Bürgermeister und  
 Wiltener und Prinz zu Schöffen der Stadt  
 Luxemburg wiederernannt.

## Frankreich.

Obwohl Manche behaupten, die Polizei habe  
 mit der Verhaftung Francis' einen Fehlschlag ge-  
 than, so versicherte der Direktor der Staatspolizei  
 noch heute, nach seiner Ueberzeugung seien Francis  
 und Lapeyre die Urheber der Explosion am Vou-  
 vard Magenta. Politische Beweise lägen noch nicht  
 vor, dagegen zahlreiche Beobachtungen, Wahr-  
 nehmungen und Vergleichspunkte, über die er nichts  
 Näheres mittheilen wolle, um nicht störend in die  
 Untersuchung einzugreifen.

Francis ist seines Zeichens Möbelschleifer. Er  
 arbeitete bis vor Kurzem in einem großen Möbel-  
 Magazin, und seine Nachbarn, welche wußten, wie  
 schwer es ihm gewesen war, bei einem täglichen  
 Verdienst von 6-7 Franken seine Frau und drei  
 Kinder zu ernähren, bemerkten zu ihrem großen  
 Erstaunen, daß er es sich mit den Seinigen sehr  
 wohl sein ließ, seitdem er nicht mehr arbeitete.  
 Das führte zu der Vermuthung, er könnte mit dem  
 nach Paris zurückgekehrten Anarchisten Pinne unter  
 einer Decke stecken, welcher immer über ansehnliche  
 Geldmittel verfügte und vor zwei Jahren in dem  
 Prospekt, der mit seiner Verurteilung zu 20jähriger  
 Zwangsarbeit endete, cynisch geklaut, er habe in  
 Italien und Frankreich schon über eine Million  
 den Bourgeois abgenommen — d. i. geklaut —  
 nicht für sich persönlich, sondern um Unglück-  
 lichen beizustehen und seine anarchischen Pläne  
 fördern zu können. Pinne wird noch immer ge-  
 sucht, aber vergeblich. Es wäre möglich, gegen  
 Leute, die ihn früher kannten, daß er als sub-  
 stantialer Gentleman, was man hier gern  
 „rastaquouère“ nennt, in bunten Kravatten mit  
 Ringen an den Fingern wirklich im Bois de  
 Boulogne lustwandelt und des Abends seinen  
 Aschbich vor einem fashionablen Caffehause der  
 großen Boulevards trinkt. Der Staatschef ist  
 schwarzäugig und bronzefarbig, dabei so groß  
 und breitschultrig, daß er sich leicht als Nach-  
 komme eines Sclavenhändlers verkleiden kann.

Der Kriegsminister hat an die Korps-  
 befehlsführer strenge Weisungen für den 1. Mai  
 erlassen:

Darnach müssen alle kommandirenden Ge-  
 nerals an jenem Tage auf ihren Posten sein. Ni-  
 gends darf der Soldat in Privatquartieren  
 wohnen; in den Ortschaften, die nicht Festungen  
 sind, haben die Gemeindeführer dafür zu  
 sorgen, daß die Truppen in öffentlichen Ge-  
 bäuden untergebracht werden. Die Trup-  
 pen, die von den Zivilbehörden oder der  
 Gendarmen requirirt werden, dürfen den ihnen  
 ertheilten Auftrag nicht überschreiten. Die Mi-  
 litärbehörde muß die Entsendung kleiner Abthei-  
 lungen in unheimlich komischer Massen vermeiden  
 und, so oft es nur thunlich ist, dem Einkleiden  
 der Truppen dasjenige der Gendarmen voran-  
 gehen lassen. Wenn ein Konflikt droht, so muß  
 der Vertreter der Militärbehörde mit den Truppen  
 gehen, um nöthigen Falls die von dem Gehe-  
 begeschriebenen Anforderungen zum Aussehen  
 bringen zu lassen. Erst wenn Thätlichkeiten  
 begangen worden sind, oder wenn die Truppen  
 sich auf dem ihnen angewiesenen Terrain nicht  
 anders zu behaupten vermögen, dürfen sie von  
 den Waffen Gebrauch machen. Der Kriegsmini-  
 ster empfiehlt aber den Offizieren noch ganz be-  
 sonders, die Angriffe durch Trompetensignale,  
 durch Trommeln oder auch nur durch lautes Ru-  
 fen davon zu verhindern, daß der Gebrauch der  
 Waffen angeordnet werden soll. Das Ruck-  
 schreiben schließt mit der Auffassung von Ma-  
 regen, die getroffen werden müssen, um Pous-  
 parlers zwischen den Soldaten und der Menge  
 zu verhindern und Ueberrumpelungen von Seiten  
 der Regieren vorzuziehen.

Angefaßt der Möglichkeit von Straßenkum-  
 gebungen ist die Direction der städtischen Wan-  
 ten angewiesen worden, von den Pariser Stra-  
 ßen alles Material, Pflastersteine, Schienen,  
 Sand u. s. w., das zur Reparatur oder An-  
 lage neuer Tramwege dient, sorgfältig wegzuräumen  
 zu lassen.

Paris, 30. April. (W. T. V.) Gestern  
 Abend sind zwar keine weiteren Verhaftungen  
 vorgenommen worden, den Polizeikommissionären  
 sind jedoch gegen 20 Haftbefehle zugegangen, die  
 heute Vormittag ausgeführt werden sollen. Wie  
 verlautet, befürchtet man bei der Polizeipräfectur  
 ein neues Attentat der Anarchisten für heute  
 Abend, andererseits heißt es, die Anarchisten wür-  
 den der Polizei gegenüber eine abwartende Hal-  
 tung beobachten, um den Sozialisten keine Unge-  
 legenheiten zu bereiten. Polizeidirektors wird  
 auf Grund der bisher vorliegenden Ermittlungen  
 angenommen, daß der morgende Tag ruhig ver-  
 laufen werde.

Paris, 30. April. Das anarchische Jour-  
 nal „Pere Peinard“ wurde in der Nacht vor dem  
 Verlaufe der Presse beschlagnahmt.

Paris, 30. April. (W. T. V.) Der Mi-  
 nisterrat beschäftigt sich in seiner heutigen



Wien 2 Monat	41 1/2	170 90 5
Wien 3 Monat	51 1/2	173 25 5
Schw. 10 Tage	40	80 25 2
Stettin 10 Tage	51 1/2	78 10 5
Petersburg 3 Wochen	6	111 15 5
do. 3 Monat	6 1/2	112 00 5
Warschau 6 Tage	6 1/2	112 00 5

**Gold- und Papiergeld.**

Ducaten per Stück	—	Engl. Banknoten	20 60 5 1/2
Souvereignen	90 37 5 1/2	Frank. Banknoten	21 00 5
20 Francs per Stück	152 1 3/4	Deut. Banknoten	171 10 5
Dollar	16 21 3/4	Russ. Papier	218 00 5







